

**Von:** HC Strache [mailto:heinz-christian.strache@fpoe.at]  
**Gesendet:** Montag, 18. September 2006 10:31  
**An:** grundeinkommen  
**Betreff:** AW: Offener Brief zu Grundeinkommen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die FPÖ sieht in ihrer Programmatik das Modell einer Grundsicherung nicht vor, weil wir der Meinung sind, dass ein derartiges System in höchstem Maß missbrauchsanfällig ist. Ich gebe Ihnen in der Analyse der sozialen Situation in Österreich Recht und möchte die Gelegenheit nutzen, um unseren Standpunkt näher zu erläutern. Zu unterstreichen ist, dass die sozialen Probleme durch eine verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie aufgrund der Tendenzen in Richtung Europäisierung und Globalisierung entstanden sind. Das ausgehende 20. und das beginnende 21. Jahrhundert standen und stehen ganz im Zeichen dieser 'Globalisierung' und 'Europäisierung'. Diese Phänomene haben mitunter sehr negative Ergebnisse und Entwicklungen mit sich gebracht und bedürfen daher dringend einer grundsätzlichen Neubewertung. Als Zielvorstellung muss vor allem im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt, die Versorgungssicherheit, die individuelle Freiheit und eine intakte Umwelt die Solidargemeinschaft eines Volkes auf der Basis eines anerkannten und generationenübergreifend agierenden Nationalstaates langfristig abgesichert werden.

Internationaler Handel und Kooperation stehen a priori nicht im Widerspruch zu diesem solidarischen Grundkonzept. Die FPÖ erkennt die grundsätzlich friedens- und wohlfahrtstiftende sowie effizienzsteigernde Funktion der internationalen Arbeitsteilung an. Auswüchse, welche jedoch in ihrer Konsequenz das gesamte, seit Jahrhunderten errichtete und erstrittene kontinentaleuropäische Gesellschaftsmodell zu unterwandern geeignet sind, werden von der FPÖ entschieden abgelehnt und politisch bekämpft.

Entgegen immer wieder erhobener Behauptungen ist die Globalisierung kein Naturgesetz, sondern entspricht einem politischen Willen, der sich in konkreten politischen Handlungen und internationalen Regelwerken niederschlägt. Die wirtschaftliche Globalisierung ist insbesondere von der Idee des weltweiten Freihandels getragen, welcher wiederum seine vertragliche Basis in den Prinzipien der Welthandelsorganisation WTO besitzt. Die WTO heftet sich bezeichnenderweise als oberstes Prinzip die Nicht-Diskriminierung von Waren auf ihre Fahnen und erhebt dieses dadurch – von der ideologischen Werthaltigkeit her betrachtet - über die philosophischen Grundwerte der Humanität, der Freiheit und der Verteilungsgerechtigkeit.

Die Europäische Union kann in dieser Hinsicht als eine Art Welthandelsorganisation auf kontinentaler Ebene betrachtet werden. Ihr kommt die ambivalente Eigenschaft zu, einerseits durch ihren kontinentalen Charakter gewissen negativen Folgen der Globalisierung gegensteuern zu können, andererseits gehorcht sie aber aus nationalstaatlicher Perspektive denselben Prinzipien wie die WTO und trägt ebenso wesentlich zu einer Beschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Politik nationaler Parlamente bei.

Vom weltweiten Freihandel profitieren unter den gegebenen Rahmenbedingungen vor allem multinationale Konzerne, indem sie heimische Produktionsstätten in

Billiglohnländer auslagern, dort ursprünglich hierzulande entwickelte Produkte ohne entsprechende Sozial-, Rechts- und Umweltstandards zu einem Bruchteil der Kosten fertigen und dieselben dann zulasten der verbliebenen heimischen Produzenten und Arbeitsplätze wieder reimportieren. Darüber hinaus wird es den Konzernen ermöglicht, legitim mit ihren ständig weiter wachsenden Rekordgewinnen in Steueroasen auszuweichen und sich auf diese Weise der Besteuerung in ihren ursprünglichen Herkunftsländern und damit der Erbringung eines angemessenen Anteils an der allgemeinen Wohlfahrt zu entziehen. Diese Mittel werden in der Folge zu einem beträchtlichen Ausmaß in Finanzspekulation und nicht in die heimische Volkswirtschaft investiert und fehlen folglich dem inländischen Wirtschaftskreislauf auf der Nachfrageseite. Die multinationalen Konzerne haben sich durch diese Handlungsweise von der Solidargemeinschaft verabschiedet und müssen durch politische Maßnahmen zur Beschränkung des gegenwärtig vollkommen unfair ausgestalteten Freihandelsregimes ihrem Dasein als Selbstzweck entwöhnt und wieder zu ihrer angestammten Rolle als Mitglieder des nationalen Wirtschaftskreislaufs zurückgeführt werden.

Die globalisierte Wirtschaft bildete weiters die Rahmenbedingung, mit welcher in Österreich die Steuerreform 2005 begründet wurde, die zu Lasten der mittelständischen Wirtschaft überwiegend den Großkonzernen zugute kam. Um diese im Land zu halten und als Standort attraktiv zu bleiben mussten sie nach Ansicht der Bundesregierung steuerlich weiter entlastet werden. Die mittelständische Wirtschaft und die Arbeitnehmer gingen nicht nur weitgehend leer aus, sondern finanzierten vielmehr diese Steuerreform, um dadurch in weiterer Folge ihre Absatzmärkte und ihre Arbeitsplätze gefährdet zu sehen. Die Beeinflussung und letztlich die Erpressung des österreichischen Staates ist den multinationalen Konzernen eindrucksvoll gelungen.

Die ökonomischen Folgen zeigen sich in vielen Ländern in Form steigender Arbeitslosigkeit, einer dramatischen Wachstums- und Nachfrageschwäche, unübersehbarer Tendenzen zur Einschränkung des Wettbewerbs zu Lasten der Konsumenten, einer bedenklichen Abnahme der Versorgungssicherheit, einem ständig stärkeren Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich mit teils großen Einbußen im Lebensstandard für breite Bevölkerungsschichten, im zunehmenden Aufkommen sozialer Ungleichheit sowie einer sich stetig verstärkenden Umverteilung von unten nach oben. Moderne (atypische bzw. prekäre) Arbeitsbeziehungen erinnern mittlerweile bereits auch im hoch qualifizierten Bereich teilweise an frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse des 19. Jahrhunderts. Die europäischen Volkswirtschaften konzentrieren sich zunehmend auf den Dienstleistungssektor und eine ausufernde, sich zusehends von den Bedingungen der Realwirtschaft abkoppelnde Finanzspekulation an den Börsen, während die produktive landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Basis unter den unfairen globalen Wettbewerbsbedingungen zusammenzubrechen droht. Durch die Marktkonzentration bekommen immer größere Konzerne immer mehr Einfluss auf die Politik, was sich in Form des verbreiteten Lobbyismus und der unverblühte Einflussnahme auf die Gesetzgebung besonders auf unionseuropäischer Ebene beobachten lässt.

Der politische Widerstand gegen diese Entwicklung ist enden wollend. Neben den christdemokratischen Volksparteien, die ihre Hauptrolle in der Vertretung der Interessen multinationaler Konzerne und der wenigen Globalisierungsgewinner sehen, scheitert die seit jeher internationalistisch eingestellte Linke in der

Globalisierungsfrage an ihren eigenen ideologischen Engstirnigkeiten. Mit geographischer und kultureller Ferne nimmt der Solidargedanke soziologisch erwiesenermaßen ab, weshalb ein globaler Sozialstaat, wie er von manchen Globalisierungskritikern gerne als alternatives Modell propagiert wird, eine hoffnungslos utopische Idee ist.

Der momentan stattfindende und ausufernde Prozess der ökonomischen Globalisierung ist ein untauglicher Versuch, das Modell des uneingeschränkten Welthandels zum Nutzen aller zu verwirklichen. Die vorherrschenden Umstände haben sich seit der Entstehung derartiger Ideen im späten 18. bzw. frühen 19. Jhd. vollständig geändert. Zu beobachten ist und bleibt eine unverhohlene Tendenz mächtiger Lobbys und Einflussgruppen, nach Möglichkeit nur jene Bereiche einer allgemeinen Öffnung und Liberalisierung zu unterziehen, die den eigenen Vorstellungen entsprechen und andere Sphären, welche zum eigenen Nachteil reichen, davon auszuschließen.

Vor allem sind es multinationale Konzerne und ihre politischen und institutionellen Unterstützer, die sich auf Kosten der breiten Masse an der in Umsetzung befindlichen eingeschränkten Globalisierung bereichern, indem sie nationale Politikverantwortliche nötigen, zu Lasten des Lebensstandards ihrer Bevölkerungen auf ihre Rechte und Einflussmöglichkeiten zu verzichten und die Staaten gegeneinander ausspielen. Steuerungsmaßnahmen über wirtschaftspolitische Eingriffe, das Abgabensystem oder die Rechtssetzung verlieren auf nationaler Ebene sukzessive an Gestaltungsmöglichkeiten, während die Optionen multinationaler Konzerne zur Steuerung ihrer Rentabilität und ihrer Profite ständig im Wachsen begriffen sind. Die Folge davon ist eine radikale weltweite Umverteilung von Arm zu Reich, sowohl international zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als auch innerhalb der Staaten zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten.

Die FPÖ spricht sich daher als soziale Heimatpartei nachdrücklich gegen alle Strömungen aus, die sich auf Kosten der werktätigen Bevölkerung und des Produktionsfaktors Arbeit bereichern und eine unsoziale Umverteilung unter dem Deckmantel eines angeblichen Wohlfahrtsgewinns für alle, der jedoch erwiesenermaßen nur wenigen Globalisierungsgewinnern in Chefetagen von Konzernen und an Börsen zugute kommt, herbeiführen wollen. Nur die Produktion von Gütern und Dienstleistungen kann die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten und auf diese Weise den eigentümlichen Existenzzweck der Wirtschaft, nämlich die Versorgung der Menschen mit Gütern aller Art, erfüllen. Diese grundlegende Funktion der Wirtschaft muss durch politische Maßnahmen zum Wohle des Volkes nachhaltig abgesichert werden. Ebenso gilt es, dem Technologietransfer in Billiglohnländer vorzubeugen, sodass die Produktion österreichischer und europäischer wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen hierzulande gesichert bleibt.

Was die EU anbelangt, so wird das Projekt der europäischen Zusammenarbeit hinsichtlich des Ziels einer nachhaltigen Stärkung der europäischen Völkerfamilie im Zeitalter der Globalisierung von der FPÖ unterstützt. In diesem Sinne war es auch die FPÖ, die Ende der 80er Jahre als erste Partei unter heftigen Protesten der politischen Gegner im österreichischen Nationalrat einen Antrag auf Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft eingebracht hatte.

Der oft als europäisches Friedensprojekt bezeichneten Europäischen Union droht mittlerweile allerdings eine völlige und ursprünglich von den Gründervätern keineswegs geplante Entartung. Nicht mehr das friedliche Zusammenleben und die Verhinderung bewaffneter Auseinandersetzungen auf dem Kontinent stehen im Vordergrund sondern die brachiale Durchsetzung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellung eines ungezügeltten Kapitalismus neoliberalistischer und monetaristischer Prägung im Sinne und zum Nutzen gewisser plutokratischer Einflussgruppen.

Durch die unreflektierte Übernahme derartiger Ansichten in ihre Institutionen und Rechtsetzungsakte hat sich die Europäische Union in eine nachhaltig prekäre Lage begeben. Dies wird nicht zuletzt durch die rasche Ausdehnung des Binnenmarkts im Zuge der EU-Osterweiterung auf Staaten mit einem Bruchteil des Durchschnittseinkommens deutlich. Als Konsequenz daraus ist ein ungleicher Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten erwachsen, der von den politischen Eliten nach Möglichkeit intensiviert und begrüßt wird. Das wirtschaftliche und politische System krankt in vielen Bereichen und droht überhaupt zu versagen, was zu Rekordarbeitslosigkeit und dramatischer Ablehnung der Institution EU in weiten Teilen der unionseuropäischen Bevölkerung geführt hat.

Die grundsätzlich wohlfahrtstiftende Funktion intensiver Handelsbeziehungen wird seitens der FPÖ anerkannt. Die Ideologie der FPÖ steht der Grundidee des Binnenmarktes und der Währungsunion prinzipiell aufgeschlossen gegenüber, allerdings primär mit dem Ziel, dem kontinentaleuropäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Kooperation, des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs als Antithese zum ungezügeltten Turbokapitalismus und Egoismus angelsächsischer Prägung weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Nur wenn die Europäische Union die Erreichung dieses Ziels als ihre eigentliche existenzielle Aufgabe auffasst, hat sie eine tiefere Daseinsberechtigung, die über die oberflächliche Förderung kapitalistischer Handels- und Ausbeutungsbeziehungen zugunsten einiger weniger hinausgeht.

Nur eine erneuerte, sich an den Interessen der Bevölkerung orientierende Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche auf die Spezifika der einzelnen Mitgliedsstaaten Rücksicht nimmt, kann das europäische Projekt wieder auf den richtigen Weg bringen und über eine breite Zustimmung in der Bevölkerung zum Erfolg führen.

Es ist ökonomisch unsinnig, Arbeitskräfte in der zweiten und dritten Welt nahezu schrankenlos mit jenen in Mitteleuropa in Konkurrenz treten zu lassen, es zuzulassen dass Produktionsstätten ausgelagert werden, die Waren daraufhin weitgehend zollfrei zu reimportieren und dann so zu tun als bestünde keinerlei politische Verantwortung für unser Arbeitslosenheer, die bestenfalls stagnierenden Löhne und den stetigen Sozialabbau. In dieser Beziehung hat insbesondere die 'Wirtschaftspartei' ÖVP, welche bezeichnenderweise den Bundeskanzler, den Finanzminister und auch den Wirtschafts- und Arbeitsminister stellt, völlig versagt.

Hauptpunkt in unserem Programm für die kommende Legislaturperiode ist die Umsetzung eines Modells der Familienbesteuerung. Das würde eine Entlastung der Familien in einem Ausmaß von drei Milliarden Euro bedeuten und ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Armut in Österreich sein.

Eine ausreichende Berücksichtigung der Kinderzahl im Steuer und Pensionsrecht, sowie durch Direktzahlungen sind aber weder ein Geschenk noch eine Sozialleistung, sondern ein den Eltern zustehender Ausgleich für die unersetzlichen Leistungen, die sie mit dem Aufziehen ihrer Kinder für die Allgemeinheit erbringen. Dieser Leistungsausgleich darf sich nicht auf Eltern mit geringen Einkommen beschränken, sondern muss auch Familien des Mittelstandes ermöglichen, sich ohne drastische Einbußen im Lebensstandard für eine größere Kinderzahl zu entscheiden.

Dieser Leistungsausgleich ist heute weder im Steuerrecht noch im Pensionsrecht in ausreichendem Umfang verwirklicht. Bei der Lohnsteuer wird in Österreich seit 1972 die Familiengröße nicht mehr berücksichtigt. Ein Single wird genauso besteuert wie ein Alleinverdiener mit mehreren Kindern, bei dem dann sogar noch Teile des Existenzminimums besteuert werden können. Diese grobe Benachteiligung der Familien wird auch durch den sog Kinderabsetzbetrag bei weitem nicht ausgeglichen.

Wir fordern daher die Einführung eines Splittingmodelles, bei dem das gesamte Familieneinkommen zuerst auf alle Familienmitglieder aufgeteilt wird und dann der Steuersatz auf dieses sogenannte gewichtete pro-Kopf-Einkommen angewandt wird. Dieses Steuersystem wurde in Frankreich schon vor langer Zeit eingeführt, hat sich bewährt und wesentlich dazu beigetragen, dass Frankreich eine viel höhere Geburtenrate besitzt als wir.

Ich hoffe, Ihnen einen Einblick in unseren Zugang zur bestehenden Problematik gegeben zu haben und verbleibe

Mit freiheitlichen Grüßen  
Heinz- Christian Strache